DATENSCHUTZREGELUNG

der Hochschule von Arnhem und Nijmegen

Gegenstand	Datenschutzregelung
Vorstandsbeschluss-Nr.	2020/1691
Zustimmung MR:	10.07.2020
Feststellungsdatum	10.07.2020

Präambel

Die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung von personenbezogenen Daten ist für die Betriebsprozesse der HAN notwendig. Natürlich muss dies mit größter Sorgfalt erfolgen. Die HAN ist für die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verantwortlich und legt großen Wert auf den Schutz personenbezogener Daten, die ihr zur Verfügung gestellt werden, und auf die Art und Weise, wie personenbezogene Daten verarbeitet werden. In dieser Regelung ist unter anderem festgelegt, welche personenbezogenen Daten bei der HAN verarbeitet werden, an wen diese personenbezogenen Daten möglicherweise weitergegeben werden dürfen und welche Rechte die Person hat, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden.

I Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 Begriffsbestimmung

In dieser Regelung gelten in Abstimmung mit und als Ergänzung zur Datenschutzgrundverordnung¹ folgende Definitionen:

- a. Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten (*Autoriteit Persoonsgegevens (AP)*): Die gemäß Artikel 51 Absatz 1 DSGVO in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten.
- b. Anwendungsadministrator (*applicatiebeheerder*): Derjenige, der dafür sorgt, dass die Anwendung innerhalb der HAN ordnungsgemäß funktioniert.
- c. DSGVO (AVG): Die europäische Datenschutzgrundverordnung.
- d. Administrator (*beheerder*): Derjenige, der unter der Verantwortung des Verantwortlichen dafür zuständig ist, sich um die Verarbeitung der personenbezogenen Daten, die Richtigkeit der eingegebenen Daten sowie die Speicherung, Löschung und Bereitstellung von Daten zu kümmern. Im Anhang ist eine Übersicht der Administratoren zu finden. In Fällen, in denen nicht deutlich ist, wer der Administrator ist, ist der Direktor der Servicedienste der Administrator.
- e. Datei (*bestand*): Jede strukturierte Sammlung personenbezogener Daten, unabhängig davon, ob die Sammlung an Daten zentral, dezentral oder nach funktionalen oder geografischen Gesichtspunkten geordnet geführt wird, auf die nach bestimmten Kriterien zugegriffen werden kann.
- f. betroffene Person (*betrokkene*): Die Person, auf die sich die personenbezogenen Daten beziehen.
- g. besondere personenbezogene Daten (*bijzondere persoonsgegevens*): Personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 9 DSGVO, aus denen sich z. B. die rassische oder ethnische Herkunft, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen (Fotos usw.) oder Gesundheitsdaten wie Behinderung, Handicap, chronische Krankheit usw. ergeben.
- h. Datenschutzbeauftragter (*functionaris*): Der Beauftragte für den Schutz der personenbezogenen Daten, der innerhalb der HAN die Anwendung und Einhaltung der DSGVO überwacht.
- i. Benutzer (*gebruiker*): Derjenige, der unter der Verantwortung des Administrators befugt ist, personenbezogene Daten einzugeben, zu ändern bzw. zu löschen, oder von irgendeiner Ausführung der Verarbeitung Kenntnis zu nehmen.
- j. Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (*inbreuk in verband met*

¹ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

persoonsgegevens): Eine Verletzung der Sicherheit, die, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zur Vernichtung, zur Veränderung, zur unbefugten Offenlegung von beziehungsweise zum unbefugten Zugang zu Daten führt, die übermittelt, gespeichert oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden.

- k. Personal (*personeel*): Personen im Dienst des Verantwortlichen oder für ihn tätig.
- l. personenbezogene Daten (*persoonsgegeven*): Alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.
- m. Profiling (*profiling*): Jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die darin besteht, dass diese personenbezogenen Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftlicher Lage, Gesundheit, persönlicher Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen.
- n. technische Arbeiten (*technische werkzaamheden*): Arbeiten, die in Zusammenhang mit der Wartung, Reparatur und Sicherung von Geräten und Software stehen.
- o. Bereitstellung personenbezogener Daten (*verstrekken van persoonsgegevens*): Die Bekanntgabe oder Bereitstellung von personenbezogenen Daten.
- p. Auftragsverarbeiter (*verwerker*): Die Person, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.
- q. Verarbeitung personenbezogener Daten (*verwerking van persoonsgegevens*): Den Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung von Daten.
- r. Verantwortlicher (*verwerkingsverantwoordelijke*) / HAN: Die HAN, die in dieser Sache vom Vorstand vertreten wird.

II Zielsetzung und Anwendungsbereich

Artikel 2 Zielsetzung

Der Gegenstand dieser Regelung lautet:

- a) dafür zu sorgen, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß den Bestimmungen der DSGVO erfolgt;
- b) die Privatsphäre der betroffenen Person, deren personenbezogene Daten in einer oder mehreren Dateien verarbeitet werden, gegen den Missbrauch dieser Daten und gegen die Verarbeitung falscher Daten zu schützen;
- c) die betroffene Person darüber zu informieren, was die HAN mit ihren personenbezogenen Daten macht; und
- d) die Rechte der betroffenen Personen zu garantieren.

Artikel 3 Anwendungsbereich

Diese Regelung bezieht sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten von betroffenen Personen innerhalb der HAN, darunter in jedem Fall alle Mitarbeiter, Studenten und externen Mitarbeiter (im Rahmen einer Überlassung/Outsourcing) sowie alle anderen betroffenen Personen, deren personenbezogene Daten die HAN verarbeitet. Diese Regelung gilt für die ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten sowie für die (nicht automatisierte) Verarbeitung personenbezogener Daten, die in einem Dateisystem gespeichert sind oder gespeichert werden sollen.

III Verwaltung von Daten

Artikel 4 Mandat des Verantwortlichen

Der Direktor der Servicedienste übernimmt im Namen des Verantwortlichen die Verantwortung für die

Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Artikel 5 Dokumentation von Verarbeitungsvorgängen

Die HAN führt ein Verzeichnis aller Verarbeitungen personenbezogener Daten. Dieses Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten enthält die folgenden Angaben:

- a) den Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen;
- b) die Zwecke der Verarbeitung;
- c) eine Beschreibung der Kategorien betroffener Personen und der Kategorien personenbezogener Daten;
- d) die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden;
- e) gegebenenfalls Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine Organisation;
- f) die vorgesehenen Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien; und
- g) eine allgemeine Beschreibung der technischen und organisatorischen Maßnahmen.

Der Datenschutzbeauftragte muss über jede ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten informiert werden. Im Intranet der HAN ist angegeben, wie dies gemeldet werden kann. Der Datenschutzbeauftragte prüft stichprobenweise die Rechtsgültigkeit der Registrierung und stellt sicher, dass eine angemessene Dokumentation durchgeführt wird.

IV Erhebung und Verarbeitung von Daten

Artikel 6 Zweckbindung und Datenminimierung

Personenbezogene Daten müssen in transparenter Form für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden. Darüber hinaus müssen personenbezogene Daten dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“).

Artikel 7 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten basiert auf einer der in Artikel 6 der DSGVO beschriebenen Rechtsgrundlagen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten betroffener Personen kann gemäß Artikel 6 der DSGVO notwendig sein:

- a) für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist;
- b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der Verantwortliche unterliegt;
- c) um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person zu schützen;
- d) für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde; oder
- e) zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann auch auf der Grundlage der Einwilligung der betroffenen Person basieren. Der Verantwortliche sollte dann nachweisen können, dass die betroffene Person ihre Einwilligung zu dem Verarbeitungsvorgang gegeben hat. Ist die betroffene Person minderjährig, besteht in einigen Fällen die Verpflichtung, auch die Zustimmung des Elternteils/des gesetzlichen Vertreters einzuholen. Die HAN kann die betroffene Person in bestimmten – noch festzulegenden – Fällen (z. B. mittels eines Einwilligungsformulars) um Zustimmung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten bitten.

Artikel 8 Verfahren für den Antrag auf Bereitstellung von Daten

Wenn ein Antrag auf Bereitstellung von Daten bei einem Mitarbeiter der HAN oder einem Organisationsteil der HAN gestellt wird, muss dieser Antrag auf jeden Fall bei Services ICT eingereicht werden, wenn:

- beim Antrag auf Bereitstellung von Daten eine externe Person in irgendeiner Weise betroffen ist;
- der Antrag auf Bereitstellung der personenbezogenen Daten nicht zum regulären

- Aufgabenbereich/zur regulären Tätigkeit des HAN-Mitarbeiters oder nicht zu den regulären Arbeiten des Organisationsteils gehört;
- wenn die Datenanfrage nicht den im Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten aufgeführten Verarbeitungszwecken entspricht (Anlage 5 dieser Regelung); oder
 - wenn Zweifel bestehen oder ein Verstoß gegen die DSGVO begangen wird.

V Sicherheit, Meldepflicht von Datenpannen und Geheimhaltung

Artikel 9 Sicherheit und Meldepflicht von Datenpannen

1. Der Verantwortliche trifft angemessene Maßnahmen technischer und organisatorischer Art zur Sicherung gegen Verlust oder irgendeine Form einer unrechtmäßigen Verarbeitung personenbezogener Daten.
2. Die Maßnahmen sind auch darauf ausgerichtet, eine unnötige Erhebung und weitere Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu vermeiden.
3. Jede Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten gemäß Artikel 1 Buchstabe j dieser Regelung dokumentiert der Datenschutzbeauftragte auf die in Absatz 7 beschriebene Weise. Die in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten ist unverzüglich und möglichst binnen 72 Stunden nach Kenntnisnahme des Vorfalls über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu unterrichten, es sei denn, die Verletzung führt voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen. Erfolgt die Meldung an die zuständige Aufsichtsbehörde nicht binnen 72 Stunden, so ist ihr eine Begründung für die Verzögerung beizufügen. Hat die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so benachrichtigt der Verantwortliche die betroffene Person unverzüglich von der Verletzung.
4. Die Meldung an die in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten und die betroffene Person enthält zumindest folgende Informationen:
 - a) eine Beschreibung der Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;
 - b) die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten oder einer sonstigen Anlaufstelle für weitere Informationen über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;
 - c) eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten; und
 - d) eine Beschreibung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und gegebenenfalls Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.
5. Die in Absatz 3 genannte Meldung an die betroffene Person ist nicht erforderlich, wenn:
 - a) die von der Verletzung betroffenen Daten für Unbefugte unzugänglich sind, etwa durch Verschlüsselung;
 - b) durch nachfolgende Maßnahmen sichergestellt wurde, dass das hohe Risiko gemäß Absatz 3 nicht mehr besteht; oder
 - c) die Benachrichtigung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden wäre. In diesem Fall hat stattdessen eine öffentliche Bekanntmachung oder eine ähnliche Maßnahme zu erfolgen, durch die die betroffenen Personen vergleichbar wirksam informiert werden.
6. Die Person, die eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten gemäß Absatz 3 entdeckt, meldet die Verletzung so schnell wie möglich, jedoch in jedem Fall innerhalb eines Werktages an den Servicedesk. Der Servicedesk meldet die Verletzung unverzüglich dem Datenschutzbeauftragten, der den Verantwortlichen unterrichtet und sich um die in Absatz 3 beschriebenen Benachrichtigungen kümmert.
7. Der Datenschutzbeauftragte führt ein Verzeichnis zu jeder Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten. Das Verzeichnis enthält auf jeden Fall Tatsachen und Informationen über die Art der Verletzung gemäß Absatz 3 sowie gegebenenfalls den Wortlaut der Meldung an die betroffene Person.

Artikel 10 Geheimhaltung

1. Der Mitarbeiter ist verpflichtet, die ihm aufgrund seiner Tätigkeit zur Kenntnis gelangten Informationen geheim zu halten, soweit sich diese Verpflichtung aus der Natur der Sache ergibt oder ausdrücklich schriftlich auferlegt worden ist. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

2. Unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen ist die HAN gegenüber Dritten zur Geheimhaltung der personenbezogenen Daten des Mitarbeiters verpflichtet, es sei denn, der Mitarbeiter gibt schriftlich seine Zustimmung, Daten zu seiner Person zu übermitteln.

VI Auftragsverarbeiter/Verarbeitungsvertrag

Artikel 11 Auftragsverarbeiter

1. Wenn der Verantwortliche einen Auftragsverarbeiter mit einer Reihe von Datenverarbeitungen beauftragt hat, stellen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter einen Vertrag hinsichtlich der vom Auftragsverarbeiter einzuhaltenden Sicherung der betreffenden personenbezogenen Daten auf. In diesem Vertrag sind unter anderem der Gegenstand und die Dauer der Verarbeitung, die Art und der Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten und die Kategorien der betroffenen Personen sowie die Rechte und Pflichten des Verantwortlichen festzulegen. Darüber hinaus stellt der Verantwortliche sicher, dass der Auftragsverarbeiter bzw. dieser Vertrag ausreichende Garantien in Bezug auf technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit den durchzuführenden Verarbeitungsvorgängen und bezüglich der Meldung einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten bietet.
2. Der Vertragsinhaber muss eine Kopie dieses Vertrags in Proquero erfassen. Ein entsprechender Mustervertrag zur Auftragsverarbeitung wird im Intranet der HAN veröffentlicht.

VII Mitteilung

Artikel 12 Auskunftserteilung an betroffene Personen

1. Der Verantwortliche erteilt der betroffenen Person zum Zeitpunkt der Erhebung von Daten der betroffenen Person die folgenden Informationen:
 - a) seine Identität und Kontaktdaten;
 - b) die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten;
 - c) den Zweck und die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung;
 - d) die berechtigten Interessen (wenn die Verarbeitung auf Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO beruht);
 - e) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten;
 - f) Garantien für den Fall der Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation;
 - g) Aufbewahrungsfristen;
 - h) die Rechte der betroffenen Person (einschließlich des Rechts auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder eines Widerspruchsrechts gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit);
 - i) ob die Bereitstellung durch die betroffene Person vorgeschrieben ist;
 - j) das Bestehen eines Beschwerderechts bei der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten; und
 - k) Informationen über Profiling.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht, wenn und soweit die betroffene Person bereits über die Informationen verfügt.

2. Die Informationserteilung aus Absatz 1 erfolgt durch eine allgemeine Mitteilung auf der Website der HAN, die an die betroffene Person gerichtet ist, und beinhaltet vor allem Informationen über die Existenz der Datenverarbeitungsvorgänge und dieser Regelung, die Art und Weise, wie diese eingesehen werden kann und wie nähere Informationen zur Sache eingeholt werden können.
3. Werden die personenbezogenen Daten auf andere Weise als gemäß Absatz 1 erhoben (d. h., wenn die personenbezogenen Daten nicht von der betroffenen Person, sondern von einem Dritten erlangt wurden), so erfolgt die Meldung nach Absatz 2:
 - a) innerhalb einer angemessenen Frist, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt der personenbezogenen Daten
 - b) zum Zeitpunkt der ersten Kommunikation mit der betroffenen Person; oder
 - c) spätestens zum Zeitpunkt der ersten Übermittlung an einen Dritten.

Die Benachrichtigung erfolgt durch eine allgemeine Mitteilung auf der Website der HAN.

4. Die Benachrichtigung gemäß Absatz 3 unterbleibt, wenn die Benachrichtigung der betroffenen Person unmöglich ist oder mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, wenn die

betroffene Person bereits über die Informationen verfügt, einer gesetzlichen Verpflichtung unterliegt oder wenn die personenbezogenen Daten aufgrund des Berufsgeheimnisses vertraulich bleiben müssen. In dem Fall stellt der Verantwortliche die Herkunft der Daten fest.

5. Keine Benachrichtigung erfolgt, wenn die Datenverarbeitung kraft gesetzlicher Vorschrift vorgeschrieben ist.

Artikel 13 Opt-in / Opt-out²

Das Versenden unerwünschter E-Mail-Nachrichten zu kommerziellen, ideellen oder wohltätigen Zwecken bedarf der vorherigen Zustimmung (Opt-in). Der Empfänger muss dabei auch immer die Möglichkeit haben, sich abzumelden (Opt-out). Eine vorherige Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die E-Mail-Nachricht keinen kommerziellen, ideellen oder wohltätigen Zweck verfolgt, die Person ihre E-Mail-Adresse für diese Zwecke angegeben hat oder wenn die E-Mail-Adresse im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Produkts oder einer Dienstleistung erhalten wird und die E-Mail-Adresse für eigene ähnliche Produkte oder Dienstleistungen verwendet wird. Die E-Mail-Nachricht sollte jedoch eine Opt-out-Option enthalten.

VIII Speicherung von Daten

Artikel 14 Speicherung und Fristen

Personenbezogene Daten müssen in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist. Personenbezogene Daten dürfen länger gespeichert werden, soweit die personenbezogenen Daten vorbehaltlich der Durchführung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen, die von dieser Verordnung zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person gefordert werden, ausschließlich für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke oder für wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke verarbeitet werden. Für die Aufbewahrung von personenbezogenen Daten sind Aufbewahrungsfristen festgelegt. Die Aufbewahrungsfristen können gesetzlich festgelegt, aber auch von der HAN selbst bestimmt werden. Siehe dazu die HAN-Dateienübersicht.³

IX Recht auf Unterrichtung, Auskunft, Abschrift, Berichtigung, Löschung, Übertragung und Widerspruch

Artikel 15 Allgemein

1. Jede betroffene Person hat das Recht, in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten beim Administrator einen Antrag zu stellen auf:
 - a. Erhalt von Informationen; oder
 - b. Auskunft, Korrektur (Berichtigung, Ergänzung, Löschung und/oder Sperrung) und Übertragung von Daten.
2. Die Ausübung dieser Rechte ist für die betroffene Person nicht mit Kosten verbunden.
3. Die betroffene Person kann sich bei der Ausübung der Rechte – auf eigene Kosten – beistehen lassen.
4. Der Administrator weist die betroffene Person auf die Möglichkeiten des Rechtsschutzes und die Aufsicht und die entsprechende Rolle der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten hin.

Artikel 16 Recht auf Widerspruch

1. Wenn die Rechtsgrundlage für eine bestimmte Verarbeitung:
 - a. für eine gute Ausübung einer öffentlich-rechtlichen Aufgabe notwendig ist; oder
 - b. für die berechtigten Interessen des Verantwortlichen erforderlich ist,kann die betroffene Person beim Administrator jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung im Zusammenhang mit ihren besonderen persönlichen Umständen einlegen.
2. Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Die

² Gemäß Artikel 11.7 des niederländischen Telekommunikationsgesetzes (Tw).

³ Diese Übersicht kann beim ServiceDesk der HAN angefordert werden.

betreffene Person kann dann beim Administrator Widerspruch einlegen. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen erforderlich ist, oder wenn dies nach dem Gesetz, das angemessene Maßnahmen enthält, zulässig ist.

3. Innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Widerspruchs beurteilt der Verantwortliche, ob der Widerspruch gerechtfertigt ist.
4. Wenn die Daten im Zusammenhang mit dem Zustandbringen oder der Aufrechterhaltung einer direkten Beziehung zwischen dem Verantwortlichen oder einem Dritten und dem Betroffenen im Hinblick auf die Anwerbung für geschäftliche oder wohltätige Zwecke (Direktmarketing) verarbeitet werden, kann die betroffene Person dagegen jederzeit beim Verantwortlichen Widerspruch einlegen.
5. Legt die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung für Zwecke des Direktmarketings, ein, werden die personenbezogenen Daten für diese Zwecke nicht mehr verarbeitet.
6. Widerspruch gegen die Verarbeitung für geschäftliche oder wohltätige Zwecke ist immer gerechtfertigt.
7. Der Administrator beendet die Verarbeitung auf der Stelle, wenn der Verantwortliche den Widerspruch als gerechtfertigt erachtet.

X Rechtsschutz und Aufsicht

Artikel 17 Beschwerdeverfahren

1. Die betroffene Person kann beim Datenschutzbeauftragten eine Beschwerde einreichen:
 - a. gegen eine Entscheidung über einen Antrag im Sinne von Artikel 15;
 - b. gegen einen Beschluss anlässlich des Einlegens von Widerspruch im Sinne von Artikel 16; und
 - c. gegen die Art und Weise, wie der Verantwortliche, der Administrator oder der Auftragsverarbeiter die in dieser Regelung aufgenommenen Vorschriften ausführen.Jede betroffene Person hat das Recht, eine Beschwerde bei der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten einzureichen.
2. Der Datenschutzbeauftragte reagiert möglichst umgehend, aber spätestens innerhalb von sechs Wochen nach Beschwerdeeingang, schriftlich und mit Gründen versehen auf die Beschwerde.
3. Die betroffene Person kann sich beim Einreichen und der Bearbeitung ihrer Beschwerde beistehen lassen.
4. Der Datenschutzbeauftragte kann Empfehlungen der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten einholen.
5. Der Datenschutzbeauftragte kann zur Meinung gelangen, dass die Beschwerde nicht berechtigt oder teilweise oder vollständig berechtigt ist.
6. Wenn der Datenschutzbeauftragte die Beschwerde nicht oder nur teilweise anerkennt, kann die betroffene Person eine Beschwerde bei der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten einreichen. Der Verantwortliche informiert die betroffene Person, deren Beschwerde nicht oder nur teilweise anerkannt wurde, über die Möglichkeiten und über die Kontaktdaten der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten.
7. Wenn der Datenschutzbeauftragte urteilt, dass die Beschwerde vollständig oder teilweise berechtigt ist, beschließt er:
 - a. wenn sich die Beschwerde gegen eine Entscheidung im Sinne von Absatz 1 Buchstabe a richtet, den Antrag der betroffenen Person nachträglich vollständig oder teilweise anzuerkennen;
 - b. wenn sich die Beschwerde gegen eine Entscheidung im Sinne von Absatz 1 Buchstabe b richtet, sich dem Widerspruch der betroffenen Person nachträglich anzuschließen;
 - c. wenn sich die Beschwerde gegen die Art und Weise der Durchführung nach Absatz 1 Buchstabe c richtet, nachträglich die in dieser Regelung enthaltenen Vorschriften umzusetzen.
8. Der Datenschutzbeauftragte teilt der betroffenen Person seine Stellungnahme schriftlich mit.

XI Datenschutzbeauftragter

Artikel 18 Datenschutzbeauftragter

1. Der Datenschutzbeauftragte wird vom Verantwortlichen ernannt.
2. Der Datenschutzbeauftragte kann, was die Ausübung seiner Funktion betrifft, keine Anweisungen

- vom Verantwortlichen erhalten.
3. Der Datenschutzbeauftragte hat die gleichen Befugnisse wie der Aufsichtsführende aus Titel 5.2 des niederländischen Allgemeinen Verwaltungsrechtsgesetzes (*Algemene wet bestuursrecht*).
 4. Jeder, der bei der HAN arbeitet, ist verpflichtet, die Informationen zu erteilen und Mitarbeit zu leisten, die im Rahmen des vorigen Absatzes von ihm verlangt werden.
 5. Der Datenschutzbeauftragte ist verpflichtet:
 - a. einen Jahresbericht seiner Arbeiten und Erkenntnisse als Teil des Jahresberichts der HAN vorzulegen; und
 - b. eine integrale Politik in Bezug auf Datenschutz zu verfolgen.
 6. Der Datenschutzbeauftragte hat folgende Aufgaben:
 - a. Überwachung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften;
 - b. Überwachung der eigenen internen Politik, einschließlich Bewusstseinsbildung und Schulung;
 - c. Unterrichtung und Beratung in Fragen des Datenschutzes;
 - d. Zusammenarbeit mit der in den Niederlanden zuständigen Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten;
 - e. Fungieren als Ansprechpartner für die in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten;
 - f. die Bearbeitung von Beschwerden von betroffenen Personen;
 - g. die Bearbeitung von Anträgen von betroffenen Personen, soweit den Wünschen des Antragstellers nicht vollständig entsprochen wird;
 - h. die Übermittlung der Meldungen, wie in Artikel 9 Absatz 3 beschrieben ist, an die in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten und die betroffene(n) Person(en) und die Unterrichtung des Verantwortlichen davon; und
 - i. das Führen eines Verzeichnisses, entsprechend Artikel 9 Absatz 7 dieser Regelung.
 7. Der Datenschutzbeauftragte hat nur als solcher Zugang zu personenbezogenen Daten und verwendet personenbezogene Daten, von denen er durch seine Funktion Kenntnis erlangt, nur, soweit es die Ausübung seiner Aufgabe als Beauftragter betrifft.
 8. Der Datenschutzbeauftragte kann gegenüber dem Verantwortlichen Empfehlungen aussprechen, die einem besseren Schutz der Daten, die verarbeitet werden, dienen.
 9. Der Verantwortliche stellt sicher, dass der Datenschutzbeauftragte jegliche Mitarbeit erhält, die dieser für die Ausübung seiner Tätigkeit benötigt.
 10. Der Datenschutzbeauftragte ist zur Geheimhaltung verpflichtet.

Artikel 19 Überwachung der Einhaltung

Die in den Niederlanden zuständige Aufsichtsbehörde für personenbezogene Daten ist aufgrund der europäischen Datenschutzgrundverordnung dazu befugt, die Einhaltung der gemäß der Datenschutzgrundverordnung in diese Regelung aufgenommenen Bestimmungen zu überwachen.

XII Meldeverfahren bezüglich der Verwendung von Bildern durch die HAN im Internet

Artikel 20 Allgemeine Bestimmungen

1. Unter einem Bild wird jede sichtbare Wiedergabe verstanden, auf der jemand erkennbar abgebildet ist (Foto, Gemälde, Zeichnung, Film- und Videobilder).
2. In den in dieser Regelung genannten Artikeln geht es ausschließlich um Bilder, die nicht im Auftrag des Studenten gemacht wurden.
3. Die HAN kann ein Bild eines Studenten, auf dem der Student in einer Unterrichtssituation abgebildet ist und von dem die HAN nach dem Urheberrecht als Urheber des Materials gilt, im Internet ohne vorherige Zustimmung des Studenten verwenden (im Interesse des Unterrichts, mit dem Zweck, zu informieren, Auskunft zu erteilen oder um Informationen mit anderen Bildungseinrichtungen auszutauschen), es sei denn, der Student hat ein begründetes Interesse, das einer Veröffentlichung im Internet entgegensteht.
4. Die HAN schließt jede Haftung für Schäden aus, die durch die Nutzung von Bildern im Internet durch die HAN entstehen, es sei denn, das Bild wurde von der HAN nach nachgewiesenem berechtigtem Interesse des Studenten nicht unverzüglich entfernt.

Artikel 21 Meldeverfahren

1. Wenn der Student aufgrund der Bestimmungen von Artikel 1 Absatz 3 dieser Regelung ein berechtigtes Interesse hat, kann der Student dies dem Stabsdirektor für Marketing & Kommunikation (M&C) schriftlich mitteilen.
2. Ein Student kann auch eine Meldung einreichen, um im Voraus Widerspruch gegen die Benutzung seines Bildes im Internet einzulegen. Diese Meldung muss ebenfalls beim Stabsdirektor M&C eingereicht werden.
3. Die Meldung ist vom Antragsteller unterzeichnet und umfasst:
 - a. Name, Adresse, Wohnort und Telefonnummer des Antragstellers;
 - b. Datumsangabe: das Datum, an dem die Meldung eingereicht wird;
 - c. eine deutliche Umschreibung, welches Bild es betrifft und das Datum, an dem das Bild gemacht wurde; und
 - d. eine Begründung des berechtigten Interesses, das der Student gegen eine Veröffentlichung des Bildes hat.
4. Entspricht eine Meldung nicht oder nicht vollständig den Anforderungen, wird der Antragsteller vom Stabsdirektor M&C darauf hingewiesen und wird ihm die Möglichkeit geboten, dieses Versäumnis innerhalb einer von ihm festzulegenden Frist auszuräumen.

Artikel 22 Urteil, Frist, Inhalt

1. Der Stabsdirektor M&C fasst innerhalb von zehn Tagen nach Eingang der Meldung einen Beschluss. Die Entscheidung hat sich auf eine solide Begründung zu stützen, die bei der Mitteilung der Entscheidung wiedergegeben wird.
2. Der Stabsdirektor M&C kann zum Urteil gelangen, dass die Meldung nicht zulässig, unberechtigt oder vollständig oder teilweise berechtigt ist.
3. Bei einer (teilweise) rechtmäßigen Meldung wird das betreffende Bild von der HAN nicht im Internet benutzt und Bilder, die die HAN bereits ins Internet gestellt hat, werden direkt gelöscht.

Artikel 23 Unvorhergesehene Fälle

In Fällen, für die diese Regelung nichts vorsieht, wird die Meldung dem Vorstand der HAN vorgelegt. Der Vorstand trifft auf der Grundlage der vorliegenden Dokumente eine Entscheidung über die Meldung.

XII Sonstige Bestimmungen

Artikel 24 Schulung

Der Verantwortliche sorgt für eine regelmäßige Schulung der Administratoren und der Benutzer, um sicherzustellen, dass sie die Prozesse der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die dafür geltenden Regeln und ihre eigene Rolle darin begreifen.

Artikel 25 Unvorhergesehenes

In Fällen, die in dieser Regelung nicht vorgesehen sind, entscheidet der Verantwortliche, nachdem er eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten eingeholt hat.

Artikel 26 Bekanntgabe und Bereitstellung zur Einsicht

Diese Regelung wird im Intranet der HAN und auf www.han.nl veröffentlicht.

Artikel 27 Änderungen und Ergänzungen

1. Änderungen des Verarbeitungszwecks und der Art des Inhalts, der Verwendung und der Weise des Erhalts der personenbezogenen Daten können zu einer Änderung der Regelung führen.
2. Änderungen und Ergänzungen dieser Regelung bedürfen der Zustimmung des Mitbestimmungsrats.
- 3.

Artikel 26 Inkrafttreten und Zitiertitel

1. Diese Regelung tritt zum 13. März 2018 in Kraft.
2. Diese Regelung kann als „Datenschutzregelung der HAN“ zitiert werden.